DSTG
DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

BLICKPUNKT NIEDERSACHSEN

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Steuer-Gewerkschaftstag 2012 in Münster

Unter dem Motto „Konzepte statt Chaos“ fand in der Zeit vom 13. 14. Juni 2012 der 17. Steuer-Gewerkschaftstag in Münster mit über 300 Delegierten und Gastdelegierten aus allen Bundesländern statt.

Die neue Bundesleitung (v. l.): Michael Volz, Andrea Sauer-Schnieber, Thomas Eigenthaler, Karl-Heinz Leverkus und Torsten Schlick

Vorgeschaltet war eine Sitzung des Bundeshauptvorstandes. Dort gaben die Delegierten ihre Empfehlung zu dem Umgang mit den 5 Leitanträgen, sowie 190 Anträgen zu den Themen Steuerpolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Dienst-, Beamten- und Sozialrecht und Tarifpolitik ab. Die endgültige Beratung und Beschlussfassung obliegt dem Steuer-Gewerkschaftstag, der damit auch die gewerkschaftspolitische Weichenstellung für die nächsten 5 Jahre vorgibt.

Höhepunkt des Gewerkschaftstages war die Wahl einer neuen Bundesleitung. Gegen Mittag des 13. Juni 2012 konnten die Delegierten den alten Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler als neuen Bundesvorsitzenden beglückwünschen. Er war mit einer überwältigenden Mehrheit von 98 % der Stimmen wieder gewählt worden. Durch stehende Ovationen vermittelten die Delegierten unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses ihr Vertrauen und ihre Glückwünsche. Für den Tarifbereich wurde als stellvertretender Bundesvorsitzender Karl-Heinz Leverkus mit 208 von 211 Stimmen gewählt. Er folgt Helmut Overbeck nach, der seit 1991 der DSTG-Bundesleitung als stellvertretender Vorsitzender angehörte und nunmehr aus Altersgründen die Bundesleitung verlässt. Ebenfalls verabschiedet wurde Anne Schauer, die seit 1983 das Amt einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden bekleidete. Anne Schauer und Helmut Overbeck wurden einstimmig zu Ehrenmitgliedern der DSTG-Bund gewählt.

Für die noch zu wählenden drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden bewarben sich fünf Kandidaten/-in. Andrea Sauer-Schnieber (Bezirksverband Westfalen-Lippe und Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung) sowie Michael Volz (LV Hessen) wurden neu in die Bundesleitung gewählt. Der im letzten Jahr als stellvertretender Bundesvorsitzender gewählte Torsten Schlick (LV Rheinland-Pfalz) erhielt das Vertrauen der Delegierten und wird für weitere fünf Jahre in der Bundesleitung tätig sein. Aus Niedersachsen gratulieren wir allen neu Gewählten recht herzlich und möchten es auch nicht versäumen, den unterlegenen Bewerbern alles Gute zu wünschen. Neu gewählt wurden auch zwei Rechnungsprüfer und zwei stellvertretende Rechnungsprüfer. Wir gratulieren hier den wieder gewählten Prüfern Jürgen Hollenberg und Karl Meyer und den erstmals gewählten Vertretern Antje Timm (LV Mecklenburg-Vorpommern) und Andreas Köditz (LV Sachsen-Anhalt).

Zur öffentlichen Veranstaltung am Nachmittag des 13. Juni 2012 konnten zahlreiche Ehrengäste begrüßt

werden. Die eingeplanten Festredner mussten z.T. wegen anstehender Termine zur Griechenland-Krise kurzfristig absagen. So konnten die niedersächsischen Delegierten ihren Finanzminister Hartmut Möllring begrüßen, der sehr kurzfristig sich bereit erklärt hatte, einige Worte an den Steuer-Gewerkschaftstag zu richten.

Unser neu gewählter Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler thematisierte in seiner Eröffnungsrede das Steuerabkommen mit der Schweiz. Er machte deutlich, dass dieses Abkommen in den Augen der DSTG nicht dazu geeignet sei, Steuerhinterziehung und betrug erfolgreich zu bekämpfen. Hartgesottene Steuerhinterzieher würden eher eine komplette Straffreiheit erlangen und nachträglich Steuersätze zu Vorzugsbedingungen zahlen. Weiterhin ging Thomas Eigenthaler auf die Arbeitsverdichtung in den Finanzämtern ein. ELSTAM habe zu chaotischen Zuständen in den Finanzämtern geführt. Kolleginnen und Kollegen haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht oder auch bereits überschritten. Viele halten inzwischen den Druck nicht mehr aus. Die humorvolle Rede des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring fand guten Anklang. In der letzten Woche so Herr Möllring - habe er das 57. Finanzamt besucht und dort immer wieder erlebt welche hervorragenden Leistungen die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern vollbringen. Dass die PC´s wegen der vielen technischen Ungereimtheiten jedoch nicht bereits an die Wand geschmissen worden wären, wundere ihn schon. Dem Schweizer Abkommen allerdings konnte er einiges abgewinnen, denn immerhin fließen einige Milliarden in deutsche Kassen.

Hartmut Koschyk, parlamentarischer Staatssekretär im BMF machte ebenfalls deutlich, die Politik sei der Auffassung mit der Schweiz ein gutes Steuerabkommen getroffen zu haben. Beim Thema „aktuelle Steuerpolitik“ vertrat er die Ansicht, dass nicht jedes Jahr das Steuerrecht auf den Kopf gestellt werden müsse. Mancher Delegierter mag hierbei gedacht haben, diese Hoffnung habe eigentlich Jahr für Jahr bestanden und sei bisher noch nie erreicht worden. Als letzter Redner ging der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Peter Heesen ans Mikrophon. Er mahnte die Politiker an, das Wahlverhalten der Wähler ernst zu nehmen. Viele Menschen hätten das Gefühl, keiner höre auf sie. Der tägliche Kampf um ein Mehr an Gerechtigkeit ist der Auftrag, der an uns alle gerichtet sei.

Am zweiten Tag wurde die Arbeitstagung des 17. Steuer-Gewerkschaftstag fortgesetzt. Konzentriert und engagiert diskutierten und beschlossen die Delegierten über die vorliegenden Anträge. Die Arbeit der neuen Bundesleitung für die nächsten fünf Jahre hatte damit eine Grundlage erhalten.

Im Anschluss an den Steuer-Gewerkschaftstag tagten die Organe der DSTG, die Tarifkommission und die Bundesfrauenvertretung. Die Tarifkommission wählte den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Karl-Heinz Leverkus zu ihrem Vorsitzenden. Im Mittelpunkt der Frauentagung stand die Neuwahl der Geschäftsführung. Milanie Hengst aus NRW wurde zur neuen Vorsitzenden der Bundesfrauen gewählt.

Abschließend sollen hier noch einmal die beiden ausgeschiedenen Mitglieder der Bundesleitung zu Wort kommen.

Anne Schauer verabschiedete sich aus dem Kreis mit den Worten: „Macht weiter so, nur gemeinsam sind wir stark!“ Helmut Overbeck tat sein Lebensmotto kund: „Wer für eine Sache kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft , hat schon verloren!“

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. ***(C) 2012** - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten*

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

seit Jahren wächst in unserer Verwaltung die Differenz zwischen Personalbedarf und Personalausstattung. **Sehr viele von Ihnen werden ständig überlastet.**

Wir haben die Politikerinnen und Politiker immer wieder auf die Diskrepanz zwischen Soll und Ist hingewiesen. Um das Problembewusstsein unserer Gesprächspartner zu schärfen, belegten wir unsere Forderungen Jahr für Jahr mit amtlichem Zahlenmaterial: der Personalbedarfsberechnung, der Altersstatistik unserer Verwaltung, also den zu erwartenden Personalabgängen, und den geplanten Einstellungen von Anwärterinnen und Anwärtern. Für jeden war eindeutig erkennbar, dass sich die Schere zwischen Personalbedarf und Personal-Ist kontinuierlich weiter öffnet.

Die Überlastung unserer Kolleginnen und Kollegen steigt permanent - statt Personalzuwachs Personalabbau, statt Aufgabenverringerung Aufgabenvermehrung. Damit hat sich die Fürsorgepflicht des Dienstherrn erledigt.

Unserer nachdrücklichen Forderung, mehr Anwärterinnen und Anwärter auszubilden, wurde mit dem Hinweis begegnet, Personalaufstockungen müssten wohl überlegt sein. Neues Personal nehme man über Jahrzehnte an Bord. Trotz des demographischen Wandels aufgrund des Geburtenrückgangs haben die Abgeordneten jedoch keine Bedenken, möglichst Jahr für Jahr Lehrer im vierstelligen Bereich einzustellen bei Rückgang der Schülerzahlen, also einem erkennbaren Aufgabenabbau. Wir fordern dagegen lediglich Einstellungen im mittleren dreistelligen Bereich - bei permanentem Aufgabenzuwachs. Außer Betracht bleibt bei den Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers, dass die neuen Lehrerinnen und Lehrer aus Steuergeldern zu finanzieren sind. Die Steuern sollen durch nicht vorhandene

Finanzbeamte vereinnahmt werden. Diese „ Logik“ erschließt sich uns nicht.
Inzwischen verschärft sich die Lage aufgrund des steigenden Krankenstandes. Die Verschlechterung erfüllt die DSTG mit großer Sorge. Jede Erkrankung entfaltet dreifach negative Wirkung:

Erstens leidet der Betroffene,
zweitens wird sein privates Umfeld belastet und
drittens müssen die bereits überlasteten Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Es muss also Abhilfe geschaffen werden. Zur Erreichung dieses Zieles ist es erforderlich, dass sich alle Beschäftigten unserer Verwaltung als **ein** Team sehen. Wir wissen, Führungskräfte haben nicht nur die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrzunehmen. Sie sind auch für die erfolgreiche Erledigung der Arbeit verantwortlich. Wir wissen ferner, dass die Überlastung von Kolleginnen und Kollegen nicht von den Führungskräften verursacht wurde. Ihnen steht das benötigte Personal nicht zur Verfügung. Die von uns empfohlenen Überlastungsanzeigen sind also kein Vorwurf an Vorgesetzte, sondern Schutz für Betroffene gegen mögliche Vorwürfe, sie erledigten ihre Aufgaben nicht zeitnah, fehlerhaft oder oberflächlich, sie hätten erhebliche Rückstände.

Überlastung wird deutlich, wenn Kolleginnen und Kollegen beispielsweise über ein dreistelliges Zeitguthaben verfügen. Signale drohender Gesundheitsschäden durch Überlastung sind u.a. zunehmende Verschlossenheit, Verlust von Kontakten, Angstzustände, welcher nicht zu bewältigende Berg von Aufgaben einen am nächsten Arbeitstag erwarte. Kann die Freizeit nicht zur Erholung genutzt werden, ist somit ein Abschalten nicht mehr möglich, wird die Gesundheit stark gefährdet. Spätestens dann sollten Sie von unserem Angebot Gebrauch machen, dem Dienstherrn Ihre Überlastung anzuzeigen.

Große Unterschiede liegen zwischen Überlastung und Belastbarkeit.
Belastbar ist die/ der Beschäftigte, die/der sein Pensum ordnungsgemäß erledigt und darüber hinaus zeitweise zusätzliche Aufgaben erfolgreich wahrnimmt. Überlastet sind die Kolleginnen und Kollegen, die über einen langen Zeitraum „von zu vielen Pflichten oder Aufgaben belastet“ sind (Duden Bedeutungswörterbuch), also deutlich mehr als nach der Personalbedarfsberechnung vorgesehen leisten müssen.

Vorsteherinnen und Vorsteher, die der Ansicht sind, in ihrem Amt müsse es viele Überlastungsanzeigen geben, haben Personal-Soll und Personal-Ist miteinander verglichen. Ich bitte diese Führungskräfte, Unterstützung anzubieten und Fürsorge walten zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Unterstützung zu suchen, ist keine Schwäche, sondern ein Hilferuf vor dem Ertrinken.

Ich unterstelle allen Beschäftigten dieser Verwaltung, dass sie sich im Rahmen ihrer Kräfte für den gemeinsamen Erfolg einsetzen. Der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit ist stark gefährdet. Die Solidarität aller ist gefordert, wenn unsere Verwaltung aufgrund der hohen Personalabgänge in den kommenden Jahren vor dem Kollaps bewahrt werden soll. Wir wollen eine starke Finanzverwaltung auch in den kommenden Jahrzehnten und bitten Sie alle um Unterstützung

Ihr

Aus dem Landesvorstand

Landesvorstandssitzung am 19. / 20. Juli 2012 in Verden / Aller

In der Zeit vom **25. - 26. September 2012** wird die DSTG Niedersachsen ihren **Landesverbandstag** in Haags Hotel Niedersachsen in Verden/Aller abhalten.

In Vorbereitung hierzu fand vom 19. - 20. Juli 2012 eine Sitzung des Landesvorstandes in Verden statt.

Diese Sitzung diente schwerpunktmäßig dazu, die rund 130 Anträge, die dem Landesvorstand aus den Ortsverbänden, von der DSTG-Jugend und der DSTG-Landesfrauenvertretung eingereicht worden waren, durchzusehen, zu beraten und eine Empfehlung zur Annahme, Ablehnung oder aber zur Annahme als Arbeitsmaterial abzugeben.

Die Entscheidung, wie der einzelne Antrag zu behandeln ist, treffen zwar die rund 145 Delegierten des Landesverbandstages; die Empfehlung des Landesvorstandes ist jedoch die Grundlage für die dortige Beratung.

Nach § 17 der bestehenden Satzung hat der Landesvorstand ebenfalls das Recht, Anträge an den Landesverbandstag zu stellen.

Die Mitglieder des Landesvorstandes haben einige eigene Anträge formuliert; dabei wurden die Themen, die sich bisher noch nicht in den eingereichten Anträgen fanden, abgedeckt.

Mit der Beschlussfassung über die Anträge wird beim Landesverbandstag die Grundlage für die Arbeit des neu zu wählenden Vorstandes für die nächsten vier Jahre gelegt.

Neben der Vorbereitung des Landesverbandstages informierte der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer seinen Landesvorstand ausführlich über die bisher erfolgten politischen Gespräche und die aktuelle Lage.

Die Mitglieder des Landesvorstandes nahmen weiterhin die Berichte über die erfolgte Arbeit der DSTG-Frauen, der DSTG-Jugend und des Tarifbereiches sowie der Bezirksausschüsse entgegen.

Nach zwei sehr arbeitsintensiven Tagen wurde die Landesvorstandssitzung am Freitagnachmittag beendet.

In den nächsten Tagen und Wochen gilt es nunmehr, die organisatorischen Maßnahmen für die Durchführung des Landesverbandstages umzusetzen.

Aktuelle Informationen finden Sie immer laufend auch im Internet
auf unserer Seite www.dstgnds.de.

Im *Geschützten Mitgliederbereich* finden Sie in Kürze eine eigene Rubrik
„**Landesverbandstag 2012**“
mit allen wichtigen Informationen rund um den anstehenden
Landesverbandstag am 25. und 26. September 2012 in Verden/Aller.

Ernennung der Finanzwirte und Diplom-Finanzwirte in Bad Eilsen bzw. Rinteln - 242 Anwärterinnen und Anwärter bestehen die Laufbahnprüfung

In der Zeit vom 06. - 12. Juli 2012 und 20. - 26. Juli 2012 mussten 138 Steueranwärterinnen und -anwärter und 104 Finanzanwärterinnen und -anwärter ihr in 2 Jahren bzw. 3 Jahren erworbenes Wissen gegenüber den jeweiligen Prüfungsausschüssen noch einmal unter Beweis stellen. Dann war es geschafft.

Für die Prüflinge war der Tag der mündlichen Prüfung an den Standorten der Steuerakademie in Bad Eilsen und in Rinteln ein harter Tag. Die Themen der mündlichen Prüfung setzten sich zusammen aus dem Unterrichtsstoff und der praktischen Tätigkeit der Ausbildungszeit - ein weites Feld.

Für die Steueranwärterinnen und -anwärter kam noch hinzu, dass erstmals das Fach Staatsrecht im mündlichen Teil der Laufbahnprüfung geprüft wurde. Mitglieder des Bezirkspersonalrates und der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Bezirkspersonalrat nahmen an einigen Prüfungen teil und konnten feststellen, dass die Prüfungen strukturiert und fair abliefen.

Am 12. Juli 2012 fand dann für die Absolventen in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in Bad Eilsen im Kursaal die Festveranstaltung statt. Herr Oberfinanzpräsident Kapitza überreichte die Urkunden zur Ernennung zum Finanzwirt.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte die stellvertretende Leiterin der Steuerakademie, Frau Regierungsdirektorin Bernadette Zeitler heraus, dass ungewöhnlich viele Prüflinge mit sehr guten Ergebnissen abgeschlossen haben.

So konnte 3 mal die Note sehr gut, 33 mal die Note gut, 67 mal die Note befriedigend und 35 mal die Note ausreichend vergeben werden. Leider hätten 10 Prüflinge ihre Laufbahnprüfung noch nicht bestanden. Für die Wiederholungsprüfung wünschen wir ihnen viel Erfolg und alles Gute. Eine Steueranwärterin wird ihre mündliche Prüfung noch zu einem späteren Zeitpunkt ablegen müssen. Ihr gratulierte Frau Zeitler stellvertretend für die Festversammlung zur Geburt ihres Kindes.

Die Festansprache, die Herr Oberfinanzpräsident Kapitza hielt, beschäftigte sich mit Steuergerechtigkeit und Bürgernähe. Herr Kapitza machte deutlich, dass sensibles und maßvolles Vorgehen in der heutigen Zeit gefordert seien; ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Steuerbürger sei nicht angebracht. Dass ohne Staat kein Staat zu machen sei und Steuern die Lebensgrundlage eines Staates darstellen, führe uns ein südeuropäisches Land eindrucksvoll vor Augen.

Die musikalische Untermalung am Flügel oblag Herrn Sebastian Kokot, Beschäftigter bei der Oberfinanzdirektion Niedersachsen.

Sebastian Kokot, der auch als Gastdozent an der Steuerakademie unterrichtet, begeisterte die Zuhörer und erntete minutenlange Beifallsstürme.

Am 26. Juli 2012 durften sich dann auch die Finanzanwärterinnen und -anwärter zu einer Feierstunde im Brückentorsaal in Rinteln versammeln.

Bei gut 30 °C Außentemperatur schien die Luft im Brückentorsaal zu kochen. Wie in den Jahren vorher, in denen ähnliche Temperaturen herrschten, hofften die Prüflinge auf eine funktionierende Klimaanlage. Leider ist diese bisher nicht installiert.

In Rinteln war es die stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Helmholz, die einen Bezug zur Politik herstellte.

Sie gratulierte den Prüflingen recht herzlich und machte deutlich, dass Steuerfachleute dringend benötigt würden. Denn in Griechenland könne man sehen, was passiert, wenn Menschen sich weigern Steuern zu zahlen - das Gemeinwesen bricht zusammen. Sie würden aber auch dringend benötigt, um die „unermüdliche Aktivität des

Gesetzgebers“ und die Rechtssprechung annähernd umzusetzen.

Herr Finanzminister Möllring hatte in seiner Festansprache ebenfalls bereits darauf hingewiesen, dass das Steuerrecht inzwischen jeden Lebensbereich erfasst hätte und es ohne das Spezialwissen der Steuerbeamtinnen und -beamten nicht mehr ginge.

Dieses Fachwissen haben sich Finanzanwärterinnen und -anwärter in 2.217 Unterrichtsstunden und der praktischen Tätigkeit in ihrer 3-jährigen Ausbildung angeeignet und werden dieses nun in den Finanzämtern anwenden.

Der Leiter der Steuerakademie, Herr Leitender Regierungsdirektor Binczik beglückwünschte die „frisch gebackenen“ Diplom-Finanzwirte zu ihrer bestandenen Laufbahnprüfung. Er stellte heraus, dass die Tätigkeit als Steuerbeamtin/Steuerbeamter bei der ständigen Wandlung der Steuergesetze nicht langweilig werden würde und appellierte daran, die Weiterbildung nicht zu vergessen.

Leider haben 19 Finanzanwärterinnen und -anwärter die Laufbahnprüfung bisher nicht bestanden. Für die Wiederholungsprüfung im Herbst diesen Jahres drücken wir ganz fest die Daumen. Aber auch unter denjenigen, die ihre Diplomierungsurkunde aus dem Händen von Herrn Finanzminister Möllring erhielten, gab es einige, die mit dem Ergebnis der Laufbahnprüfung nicht zufrieden waren. Ihre guten Ergebnisse aus dem Lehrgang spiegelten sich in den Abschlussklausuren nicht wieder.

Insgesamt konnten die Absolventen auf 13 mal gut, 57 mal befriedigend und 34 mal ausreichend zurückblicken.

Für die musikalische Begleitung der Diplomierungsfeier sorgte die Rockband der Steuerakademie, die zum Abschluss einen selbstverfassten Song des Gitarristen Tim Schulz über die Rintelner Zeit präsentierte und ebenfalls stehenden Beifall erhielt.

In beiden Veranstaltungen wurde die Absolventen, die ihre Laufbahnprüfung mit sehr gut und gut bestanden hatten, mit einem Buchpräsent ausgezeichnet. In Rinteln überreichte Herr Finanzminister den drei Lehrgangsbesten seine Einladung zu einem Frühstück in seinem Hause; in Bad Eilsen händigte die Einladung Herr Regierungsdirektor Götz Heilmann vom Niedersächsischen Finanzministerium aus.

Aus den Ortsverbänden

Besuch des Abgeordneten Dr. Manfred Sohn (Fraktion Die Linke) im Finanzamt Peine

Am Vormittag des 19. April 2012 besuchte der Landtagsabgeordnete Dr. Manfred Sohn das in seinem Wahlkreis gelegene Finanzamt Peine. Als finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion „Der Linken“ wollte er sich vor Ort über die Arbeitsweise eines Finanzamts ein Bild machen.

Nach der Begrüßung durch die Vorsteherin des Finanzamts fand eine Informationsrunde mit den Sachgebietsleiteren/-innen statt. Hierbei erhielt Herrn Dr. Sohn in Kurzvorträgen allgemeine Ein- und Überblicke in die personelle Ausstattung sowie in das Steueraufkommen und die Anzahl der Veranlagungsfällen in den einzeln Sachgebieten. Zudem wurde der Gast über die Arbeitsweise und die Fallzahlen der Betriebsprüfung informiert. Dieser Besprechung folgte eine Besichtigung der Räumlichkeiten des Finanzamts.

Wegen der Kürze der Zeit wurden hier nur Diensträume in der Betriebsprüfung und im Arbeitnehmerbereich sowie der Infothek besichtigt. Am Schluss des Besuches folgte noch ein Gespräch des Abgeordneten mit dem Personalrat des Finanzamts Peine. Die immer steigende Aufgabenmehrung und nicht ausreichend Personal wurde hierbei sehr deutlich thematisierst.

Nach gut drei Stunden war der Besuch beendet und die Abreise erfolgte wie die Anreise mit dem Fahrrad.

Schulungen für neu gewählte Personalvertretungen

Nach den Wahlen im Frühjahr dieses Jahres wurden im Juni und Juli die ersten Schulungen für ca. 70 neugewählte Personalratsmitglieder und 25 Jugend- und Auszubildendenvertreter durchgeführt.

Trotz der in der Steuerakademie Niedersachsen in Bad Eilsen bestehenden Terminknappheit konnten durch frühzeitige Planung 6 Termine für neue Personalvertreter und 2 Termine für neue Jugend-und Auszubildendenvertretungen gefunden werden. Für die Unterstützung durch die Steuerakademie möchten wir uns auf diesem Weg bedanken.

In diesen ersten Seminaren wurden vordringlich die neuen Vorsitzenden und neuen Stellvertreter geschult. Für sie ist es wichtig in die neue Aufgabe, die ihnen durch das Wahlergebnis aufgetragen wurde, hineinwachsen zu können. Das dafür benötigte „Handwerkszeug“ soll ihnen in der Schulung näher gebracht werden.

Alle bisherigen Teilnehmer erwiesen sich als aufgeschlossen gegenüber der neuen Personalratstätigkeit, sowie der Unterrichtsgestaltung.

Den Schulenden ist es wichtig, nicht einfach das niedersächsische Personalvertretungsrecht durchzuarbeiten, sondern anhand von Beispielen aus dem Alltag die Möglichkeiten der Personalratsarbeit zu verdeutlichen.

Gruppenarbeiten, Flipchart, Vorträge, aber bitte keine Rollenspiele so lauten immer wieder die Unterrichtswünsche. Bis auf den letzten, werden alle Wünsche erfüllt in den drei Seminartagen. Diese sind voll gefüllt mit den Grundlagen des Personalvertretungsrechts.

Wichtig ist auch immer das Gespräch über spezielle Einzelfälle. Hierfür nehmen sich alle Schulenden Zeit. Auch am Abend bei Maria werden Gespräche über diese Themen geführt.

Wer nun denkt das klingt aber nur anstrengend, dem sei gesagt: der Spaß kommt nicht zu kurz. Denn, nur wer Spaß an seiner Aufgabe hat, erledigt sie mit Freude. Eben diese Freude soll auch vermittelt werden in den Seminaren.

Weitere Seminare werden durchgeführt im August und im Dezember dieses Jahres.

Henriette Schmager,
DSTG Landesvorstand

Politische Gespräche im Juni / Juli 2012

In der Zeit vom 05. Juni 2012 bis zum 18. Juli 2012 haben die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen Gespräche mit allen im Landtag vertretenen Fraktionen geführt und der Politik die aktuelle Situation der Steuerverwaltung vor Augen geführt.

Zu Beginn eines jeden Gespräches wies der DSTG-Vorsitzende Thorsten Eichenauer auf die ständig steigende Arbeitsbelastung und -überlastung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort hin.

Die Arbeit mit KONSENS I nach der Umstellung erfordert einen immensen zeitlichen Aufwand. Zum einen sind viele neue und umfangreiche Eingaben zu tätigen, und zum anderen läuft das System nicht immer stabil. Darüber hinaus haben die Kolleginnen und Kollegen mit Verfahren zu kämpfen, deren technische Eingaben im alten System bereits problemlos erfolgten.

Verfahren wie ELSTAM bzw. die in naher Zukunft in den Finanzämtern zu bearbeitenden Rentenbezugsmitteilungen sind mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu bewältigen. Als Folge steigt der Krankenstand ständig an. Allein im letzten Jahr fehlten allein aus Krankheitsgründen jeden Tag umgerechnet 900 Vollzeitkräfte.

Dr. Eichenauer äußert die Besorgnis, dass die Finanzverwaltung auf einen Kollaps zusteuere, der irgendwann nicht mehr einzufangen sei. Um ein wenig Entlastung in den Finanzämtern zu erreichen, hat die DSTG in dem letzten Jahr eine Umfrage zu einer möglichen Arbeitszeitaufstockung von bereits an Bord befindlichem Personal gestartet.

Insgesamt wären im Haushalt Personalverstärkungsmittel in Höhe von 4 Millionen Euro für einen begrenzten Zeitraum notwendig gewesen - ein vergleichbarer Minimalbetrag.

Eine Reaktion der Politik hat es bisher nicht gegeben, obwohl Politikern bei Hospitationen in einzelnen Finanzämtern die Personalnot verdeutlicht worden war.

Die DSTG-ler machten in diesem Zusammenhang ebenfalls auf das ständig sich ändernde Steuerrecht aufmerksam. Jede Änderung bindet wiederum Personal, das nicht mehr vorhanden ist. Trotzdem ist die Arbeit zu erledigen und das auch zur Zufriedenheit der Steuerbürger.

Eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts, an dem die einzelnen Bundesländer auch maßgeblich beteiligt sein könnten, würde zur Entspannung der Personalsituation beitragen. Alle Politiker konnten dem beipflichten. Ob eine Vereinfachung des Steuerrechts zu erreichen ist, ist, solange man alle staatspolitischen Dinge über das Steuerrecht regelt, allerdings äußerst fragwürdig.

Auch die Personalgewinnung gestaltet sich immer schwieriger so die DSTG-ler.

Zunehmend entsteht der Eindruck, dass insbesondere Realschulabgänger sich wegen der schlechten Beförderungssituation anders orientieren. Um Nachwuchskräfte für die öffentliche Verwaltung insgesamt zu gewinnen, wird es über kurz oder lang notwendig sein, andere Argumente für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu finden. Ist der öffentliche Dienst erst einmal nicht mehr konkurrenzfähig, wird der Personalbestand unter die absolute Schmerzgrenze sinken. Die anfallende Arbeit wird dann zukünftig nicht mehr zu erledigen sein.

Vereinzelt sind Politiker zusammen mit Vertretern des Finanzamtes ihres Wahlkreises bereits an die Presse herangetreten. Anfang Juli 2012 ist hierzu ein Artikel über den Personalnotstand beim Finanzamt Soltau in der dortigen Böhme-Zeitung erschienen.

Die DSTG hat die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern über das Instrument einer Überlastungsanzeige informiert.

Hierdurch besteht die Möglichkeit, das Ungleichgewicht zwischen vorhandenem Personal, zur Verfügung stehender Arbeitszeit und zu erledigenden Aufgaben zu dokumentieren. Es ist die Chance, die tatsächliche Situation vor Ort darzustellen und die Forderung aller Gremien nach mehr Personal zu unterstützen.

Wir haben alle politischen Parteien gefragt, ob sie in unserer Mitgliederzeitung „Blickpunkt“ ihre Vorstellungen für die kommende Legislaturperiode (die Landtagswahlen finden am 20.01.2013 statt) erläutern möchten. Alle sind dieser Bitte gefolgt.

Die einzelnen Ausführungen sind auf den folgenden Seiten 11 bis 15 in diesem Blickpunkt abgedruckt.

Aus dem Landesvorstand

Politische Gespräche im Juni / Juli 2012

Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes...

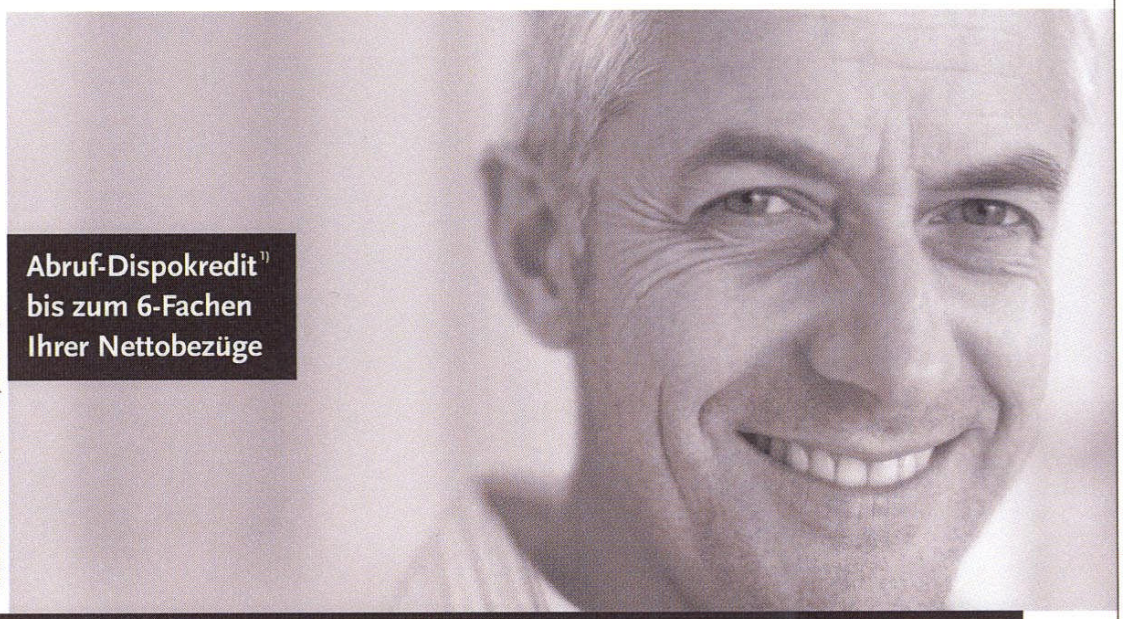
... mit Vertretern der CDU Landtagsfraktion

... mit Vertretern der FDP Landtagsfraktion

... mit Vertretern der SPD Landtagsfraktion

... mit Vertretern der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

... mit Vertretern der Landtagsfraktion Die Linke



[1)] Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
[2)] Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

0,– Euro Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit[1)2)]

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,– Euro Depot[1)]

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ 30,– Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Stiftung Warentest Finanztest
Günstigster Abruf-Dispokredit
Filialkredit
Im Test: 57 Banken und 11 Abrufkredite
Ausgabe 09/2009

Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst
Telefon 05 11/60 74 00 00, Telefax 07 21/141-14 11
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Standpunkte der CDU Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Reinhold Hilbers (MdL)
Sprecher für Haushalt und Finanzen
der CDU Landtagsfraktion

Eine effiziente, moderne und gut motivierte Steuerverwaltung ist die wichtigste Voraussetzung für die Realisierung der staatlichen Einnahmen, gerade der Steuern eines Landes.

Für die nächste Wahlperiode ist für die CDU-Fraktion entscheidend, dass die Ziele zur Vereinheitlichung des Steuerrechts und zur Beschleunigung der Verfahren weiterhin mit Nachdruck verfolgt und umgesetzt werden. So muss zum Beispiel Konsens I für Vereinfachung und Beschleunigung sorgen und darf keine dauerhafte Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter sein.

Im Rahmen des demografischen Wandels gilt es, weitere Herausforderungen zu bewältigen. Dabei geht es um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Nachwuchsgewinnung und die Frage, wie ältere Mitarbeiter länger gesund und motiviert arbeiten können.

Wir wollen auch in Zukunft bedarfsgerecht und vorausschauend Anwärter einstellen und ausbilden. Vor dem Hintergrund des heutigen Technikstands unterstützen wir verschiedene alternative Arbeitsplatzausgestaltungen, wie geteilte Arbeitsplätze und die verstärkte Telearbeit.

Die Verwaltung soll für die Menschen da sein - auch die Steuer- und Finanzverwaltung.

Die Beamtinnen und Beamten geben dem Staat „ein Gesicht“. Dialog und Kooperation zwischen Verwaltung und Bürgern sollen grundsätzlich im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Das steigert die Steuerehrlichkeit, sorgt für mehr Gerechtigkeit und sichert die Einnahmenbasis des Landes. Erste wichtige Schritte in diese Richtung waren die Einführung der elektronischen Steuererklärung (ELSTER) sowie der Info-Center in den Finanzämtern.

Seit 2003 trägt die CDU die Verantwortung für die Finanzpolitik in Niedersachsen.
Unsere Überzeugung ist, dass der Staat seine Aufgaben nur nachhaltig und solide und nicht zulasten unserer Kinder- und Enkelkinder finanzieren darf. Niedersachsen kann langfristig nicht mehr Geld ausgeben als es tatsächlich zur Verfügung hat. Mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse wollen wir erreichen, dass Niedersachsen ab 2017 keine neuen Schulden mehr macht.

Die Bediensteten des Landes haben durch die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zu den Konsolidierungsanstrengungen geleistet. Diesen würdigen wir als CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ausdrücklich. Die Spielräume, die sich solide im Haushalt ergeben, wollen wir wie in der Vergangenheit zur Verbesserung der Besoldungssituation unserer Beamten nutzen.

So ist es uns in der Vergangenheit - im Gegensatz zu anderen Bundesländern - immer gelungen, die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes 1:1 auch auf die Beamten zu übertragen. Das wollen wir auch in Zukunft in Niedersachsen schaffen.

Kurz:
Wir bleiben ein verlässlicher Partner für die Beschäftigten in der Landesverwaltung.

Reinhold Hilbers

Standpunkte der FDP Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Christian Grascha (MdL)
Sprecher für Haushalt und Finanzen
der FDP Landtagsfraktion

Weniger Schulden, weniger Regeln, mehr Handlungsspielräume

Im Januar 2013 geht es für Niedersachsen um eine Richtungsentscheidung. Es wird die Entscheidung sein zwischen solider Haushalts- und Finanzpolitik auf der einen und weiterer Schuldenpolitik auf der anderen Seite. Für die FDP ist die Richtung klar. Wir wollen bereits im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und in den Folgejahren kontinuierlich Schulden abbauen. Weniger Schulden führen zu sinkender Zinslast und erhöhen die Unabhängigkeit von den Finanzmärkten. Nur auf diesem Weg können Handlungsspielräume für die Politik zurückgewonnen werden und nur auf diesem Weg werden wir der Verantwortung für kommende Generationen gerecht.

Gerade das Steuerrecht zeigt aber auch, dass wir mit weniger Regeln auch Handlungsspielräume zurückgewinnen können. Die Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder versucht, auf gesellschaftliche Diskussionen mit der Änderung der Steuergesetze zu reagieren. Dadurch ist ein kompliziertes und eben nicht gerechteres Steuersystem erwachsen, welches vereinfacht werden muss.

Dabei bedeutet Steuervereinfachung nicht automatisch Steuersenkung und weit mehr als nur eine Diskussion über Steuersätze. Wir werden uns über den Bundesrat für eine ehrliche Steuervereinfachung einsetzen und uns auch darum bemühen, dass mittelfristig mehr steuerrechtliche Gesetzgebungskompetenz auf Länderebene übertragen wird. Nur so kann der vom Grundgesetz vorgesehene Finanzföderalismus mit Leben gefüllt werden. Auch hier werden sich neue Handlungsspielräume für das Land Niedersachsen ergeben.

Weniger Schulden und weniger Regeln führen daher zu mehr Handlungsspielräumen für das Land und diese wollen wir aktiv nutzen, auch im Bereich der Finanzverwaltung.

Wir wissen durch die zahlreichen Gespräche mit Vertretern der DSTG, dass die Finanzverwaltung in den vergangenen Jahren stark gefordert worden ist, unter anderem durch die Einführung von KONSENS, dem zeitweisen Einstellungsstopp für Angestellte und natürlich durch zahlreiche Steuerrechtsänderungen.

Daher gilt für uns die Devise, dass wir denjenigen, die uns Handlungsspielräume ermöglichen auch etwas zurückgeben wollen. Wir werden uns daher auch künftig wie bereits in den vergangenen Jahren für Stellenhebungen einsetzen und dafür Sorge tragen, dass die Ausbildung intensiviert wird, um auf den demografischen Wandel angemessen reagieren zu können.

Wir werden aber auch keine leeren Versprechungen machen und plakativ die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes verkünden. Wir wissen, dass die Beamten des Landes Niedersachsen damit in den vergangenen Jahren einen Großteil zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben. Aber es liegen noch große Anstrengungen vor uns, um uns diesen Handlungsspielraum gemeinsam wieder zurück zu erarbeiten.

Christian Grascha

Standpunkte der SPD Fraktion im Niedersächschen Landtag

Renate Geuter (MdL)
Sprecherin für Haushalt und Finanzen
der SDP Landtagsfraktion

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich grüße Sie herzlich und freue mich über die Gelegenheit, Ihnen die finanzpolitischen Vorstellungen der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen erläutern zu dürfen.

Die aufgabengerechte Finanzierung der öffentlichen Haushalte ist keine rein fiskalpolitische Fragestellung, sondern eine zutiefst gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung. Sie ist Voraussetzung jeder politischen Gestaltungsfähigkeit. Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich zu einem leistungsfähigen Staat, der durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur die Voraussetzungen für den künftigen Wohlstand unseres Landes und seiner Menschen schafft.

Das wird unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen keine leichte Aufgabe. Die hohe Verschuldung Niedersachsens, die strukturelle Unterfinanzierung des Landeshaushaltes und ein immenser Investitionsstau erfordern aber unser entschlossenes Handeln.

Um die dem Land Niedersachsen zustehenden Einnahmen realisieren und die Steuern für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen und gerecht erheben zu können, benötigen wir also zunächst eine leistungsfähige Finanzverwaltung. Wir müssen Bedingungen schaffen, die es gut ausgebildeten und angemessen vergüteten Beschäftigten ermöglichen, ihrer Aufgabe gerne und gewissenhaft nachgehen zu können. Wir haben in Niedersachsen großen Handlungsbedarf bei der Nachwuchsgewinnung, der zielgerichteten Fort- und Weiterbildung und der bedarfsgerechten Personalausstattung der Finanzverwaltung. Darin liegt eine der zentralen Zukunftsaufgaben.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für die Verankerung eines Verschuldungsverbotes in der Niedersächsischen Verfassung ein. Nur so können alle künftigen Landesregierungen an eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik gebunden werden. In diesem Zusammenhang treten wir für eine umsichtige Haushaltskonsolidierung ein. Dabei ist es für uns natürlich, die Struktur der Landesverwaltung den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und gemeinsam mit den Beschäftigten dort intelligent umzubauen, wo die demografische Entwicklung dies erfordert.

Gerade mit Blick auf die Schuldenbremse dürfen aber die staatlichen Institutionen auch nicht auf Einnahmen verzichten, die dringend zum Schuldenabbau und für zukunftsweisende Aufgaben benötigt werden. Wir widersetzen uns daher mit Nachdruck allen unverantwortlichen Bestrebungen, die eine weitere Verschlechterung der Einnahmebasis des Landeshaushaltes zur Folge haben und streben sozial ausgewogene steuerliche Maßnahmen an, um die staatlichen Finanzspielräume zu erweitern.

Ich möchte die Mitglieder der Deutschen Steuergewerkschaft ermutigen, auch weiterhin so engagiert für die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Interesse einer zukünftig leistungsfähigen und gut aufgestellten Finanzverwaltung einzutreten und Sie dazu ermuntern, sich wie bisher kompetent und konstruktiv in die politische Diskussion einzubringen.

Renate Geuter

Standpunkte der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Niedersächsischen Landtag

Hans-Jürgen Klein (MdL)
Sprecher für Haushalt und Finanzen der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Wir haben in den regelmäßigen sehr fruchtbaren Gesprächen mit dem Landesvorstand der Deutschen Steuergewerkschaft immer wieder deutlich gemacht, dass eine personell gut ausgestattete Steuerverwaltung mit ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für uns das Rückgrat der Landesverwaltung ist. Nicht erst in der zu Ende gehenden Wahlperiode haben wir in Anträgen, parlamentarischen Anfragen und Wortbeiträgen im Landtag mehrfach darauf hingewiesen, dass die niedersächsische Steuerverwaltung personell nicht ausreichend ausgestattet ist. Dieses führt nicht nur zu einer starken Arbeitsverdichtung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch dazu, dass dringend erforderliche Einnahmen nicht erhoben werden können. Dieser grundsätzlich in allen Ländern zu beklagende Umstand, ist nicht zuletzt darauf zurück zu führen, dass der Länderfinanzausgleich in dieser Hinsicht Fehlanreize setzt. Wir halten einen an den Einnahmen der einzelnen Länder orientierten Länderfinanzausgleich auch nach 2019 für dringend erforderlich, treten jedoch dafür ein, seinen Fehlanreizen wirksam zu begegnen. Ob dieses in Form eines Bund-Länder-Staatsvertrages zur Sicherstellung eines einheitlichen Steuervollzuges oder innerhalb des Systems des Länderfinanzausgleichs umsetzbar ist, wird zu diskutieren sein.

Mit Sorge betrachten wir die demografische Situation in der niedersächsischen Steuerverwaltung: In den kommenden Jahren werden deutlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den wohlverdienten Ruhestand eintreten, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Selbst um den bisherigen nicht ausreichenden Personalbestand zu halten, werden wir die Ausbildungsbemühungen in den kommenden Jahren deutlich verstärken müssen.

Wir haben dieses in den Ausschussberatungen zum Haushalt 2012 thematisiert, sind dabei sowohl beim Finanzminister, wie auch bei den Mehrheitsfraktionen leider auf taube Ohren gestoßen. Um angesichts des wachsenden Wettbewerbs überhaupt eine ausreichende Zahl junger Menschen für den Dienst in der Steuerverwaltung gewinnen zu können, müssen wir dafür sorgen, dass sowohl ihre Ausbildung als auch die spätere Arbeit in der Finanzverwaltung hinreichend attraktiv bleiben. Dafür werden wir uns auch zukünftig einsetzen.

Unsere steuerpolitischen Vorstellungen sind geleitet von der derzeit nicht ausreichenden Finanzausstattung der öffentlichen Hand, insbesondere für eine zukunftsfähige Bildungspolitik und der sich immer weiter öffnenden Schere bei der Verteilung von Einkommem und Vermögen in unserer Gesellschaft.

Deshalb wollen wir, dass große Einkommen und Vermögen künftig stärker als bisher zu den Staatsfinanzen beitragen. Das betrifft auch die besonderen Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich und damit auch den Aspekt der Vereinfachung im Steuerrecht.

Hans-Jürgen Klein

Standpunkte der Fraktion Die Linke im Niedersächsischen Landtag

Dr. Manfred Sohn (MdL)
Sprecher für Haushalt und Finanzen
der Landtagsfraktion Die Linke

Darum DIE LINKE wählen:
Mehr (Steuer-)Gerechtigkeit und eine bessere Personalausstattung

Parteien sollten nicht nach ihren frischen Wahlversprechen beurteilt werden, sondern nach dem, was sie von ihren letzten Versprechen umgesetzt haben.

DIE LINKE hat 2008 versprochen: Wir werden alles für mehr soziale Gerechtigkeit tun und die ist nicht zu haben, wenn nicht die Reichen in diesem Lande vermehrt für die Finanzierung unseres Sozialstaates herangezogen werden.

Daran haben wir uns gehalten. Als einzige Fraktion haben wir für jedes Haushaltsjahr einen durchgerechneten Alternativhaushalt vorgelegt, der verstärkte Anstrengungen für eine gebührenfreie Bildung und mehr soziale Gerechtigkeit durch eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine vernünftige Großerbensteuer, eine Anhebung der Körperschaftssteuer und eine Finanztransaktionssteuer gegenfinanziert hat.

Jeder dieser Anträge sah die personelle Stärkung des Steuervollzugs durch Schaffung zusätzlicher Stellen und die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Landesbeamte und Versorgungsempfänger vor.

Das wird auch nach 2013 so bleiben wenn SIE uns wieder in den Landtag wählen. In aller Bescheidenheit sagen wir: Die eigentlich Frage für die weitere Entwicklung im Land ist dieser Wiedereinzug der LINKEN in den Landtag egal, ob als Regierungs- oder Oppositionspartei. Der Beweis liegt nur wenige hundert Kilometer westlich von Hannover: Bei der Wahl der ersten Kraft-Regierung waren SPD und GRÜNE noch auf die Stimmen der LINKEN angewiesen. Wir haben dort zur Bedingung gemacht: Wir wählen diese Regierung nur, wenn die Steuerverwaltung aufgestockt wird. Ergebnis: 200 zusätzliche Stellen im ersten Haushalt nach dieser Wahl.

2012 haben die Menschen in NRW die LINKE nicht wieder ins Parlament geschickt SPD und GRÜNE regieren dort seitdem allein. Das Ergebnis ist im neuen Koalitionsvertrag nachlesbar: Von verbesserter Personalausstattung für die Steuerverwaltung finden Sie dort jetzt nichts mehr.

Die Erfahrungen der früheren Schröder/Trittin-Regierung in Niedersachsen sind diesselben wie jetzt in NRW: Wenn es keine LINKE Fraktion an ihrer Seite oder mit ihnen in der Regierung gibt, wird es mit SPD und GRÜNEN keinen wirklichen Politikwechsel geben.

Deshalb:
Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit. Wir wollen gebührenfreie Bildung für alle. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschlichkeit vor Profit geht und der öffentliche Dienst weder schlechtgeredet noch schlecht behandelt wird. Wir lassen uns dabei nicht abspeisen mit schönen Worten. Wir wollen im Klartext was wir seit 5 Jahren beantragen: Jährlich 100 Stellen mehr im Steuervollzug, höhere Steuern für die Reichen und Weihnachtsgeld für Niedersachsens Beamtenschaft.

Wenn Sie das auch wollen, wählen Sie bitte DIE LINKE. Ohne uns kriegen Sie das nämlich nicht.

Dr. Manfred Sohn

SpardaYoung+

Das Girokonto für junge Leute

Macht Plus für Null-Komma-Nix

- 2% Zinsen p.a. auf Konto-Guthaben*
- Gratis BankCard ec

Null Gebühren

2%

free SMS

Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
Hildesheimer Straße 84
Lister Meile 89
Langenhagen: Ostpassage 9

Kostenlose Info-Hotline:
0800 3018000

*auf Guthaben bis max. 2.500 Euro

Die WohlfühlBank!
www.sparda-h.de

Sparda-Bank
freundlich & fair